

DOI: 10.5771/0342-300X-2019-6-467



**KLAUS BUSCH/
JOACHIM BISCHOFF/
HAJO FUNKE:**
**RECHTSPOPULISTISCHE
ZERSTÖRUNG EUROPAS?
WACHSENDE
POLITISCHE INSTABILITÄT
UND DIE MÖGLICHKEITEN
EINER KEHRTWENDE**

VSA Verlag,
Hamburg 2018

ISBN 978-3-89965-778-4
224 Seiten, 16,80 €

Haben rechtspopulistische Parteien die Chance, das Projekt der europäischen Integration zum Scheitern zu bringen? Die drei Autoren des Bandes sehen diese Gefahr, und sie begründen ihre Ansicht in einer spannenden Studie, die eine sozialökonomische mit einer historisch-politischen Analyse verbindet. Die „große Krise“ Europas seit 2008 hatte mehrere Facetten: Sie wurde ursprünglich als Finanzkrise wahrgenommen, sodann als Schuldenkrise, die in eine Währungskrise mündete, und nicht zuletzt als sogenannte „Flüchtlingskrise“ mit einem Zuwachs an flüchtenden Menschen in den Gesellschaften Mittel- und Westeuropas in den Jahren 2015/16. In den beiden einleitenden Kapiteln zeigen Busch, Bischoff und Funke, dass die Krise der Gemeinschaftswährung Euro sowie die Versuche ihrer „Rettung“ das Vertrauen in die politische Leistungsfähigkeit der EU unterminiert haben. Die als „Austeritätspolitik“ bekannten Auflagen an die ärmeren Mitgliedstaaten haben zu sozialen Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen geführt – als Ursache für den damit für viele verbundenen sozialen Abstieg wurde die EU und ihre „Rettungspolitik“ identifiziert. Bereits auf dieser Grundlage habe der Rechtspopulismus einen Aufschwung erlebt, und zwar insbesondere in den reicheren Staaten Nord- und Mitteleuropas. Als ein regelrechtes „Schwungrad des Rechtspopulismus“ hätten sich sodann die „Flüchtlingskrise“ und die Unfähigkeit der Union erwiesen, eine solidarische Asyl- und Einwanderungspolitik zu beschließen. Einen besonderen Mehrwert leistet die Studie, wenn es in den folgenden fünf Kapiteln um die Entwicklung des Rechtspopulismus in den fünf EU-Staaten Italien, Frankreich, Niederlande, Österreich und Deutschland geht. Natürlich findet sich auch hier vieles, was bereits an anderer Stelle beispielsweise zu Front National, zur FPÖ oder zur AfD zu lesen war. Überzeugend ist jedoch zum einen der systematische Vergleich, der durch eine ähnliche Struktur der Länderkapitel ermöglicht und schließlich auch von den Autoren durchgeführt wird. Zum anderen bewährt sich aber auch das Konzept, die sozialökonomische Untersuchung mit der historisch-politischen Analyse zu verbinden. Busch, Bischoff und Funke gehen der Frage nach, wie sich die wirtschaftliche Entwicklung der Länder, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und die sozialpolitischen Reformen auf die Erfolgsaussichten rechtspopulistischer Parteien ausgewirkt haben. Insbesondere die Studien zu Italien und Frankreich folgen dieser Leitperspektive, während die anderen stärker auf die historischen und politischen Erbschaften sowie die jüngeren politischen Prozesse und Wahlen eingehen. Im Zwischenfazit kommen die Autoren zum Ergebnis, dass es vor allem die unbefriedigende Reaktion der etablierten Parteien auf die soziale und ökonomische Entwicklung war, die den Aufstieg der rechtspopulistischen Bewegungen ermöglicht hat. In den beiden Schlusskapiteln wird die EU in die Betrachtung einbezogen. Völlig zutreffend weisen Busch, Bischoff und Funke darauf hin, dass die politische Insta-

bilität durch den Auftritt der Rechtspopulisten nicht auf die Mitgliedstaaten beschränkt bleibe, sondern sich auf die EU übertrage. Die Regierungen (und auch das Europäische Parlament) seien immer weniger in der Lage, in drängenden Zukunftsthemen – Währung, Asyl und Einwanderung, soziales Europa – zu gemeinsamen Lösungen zu kommen. Das liegt, so die Autoren, an den unterschiedlichen Interessen der Regierungen, vor allem aber an der Wirkung des Rechtspopulismus, der es in Italien (und anderen Mitgliedstaaten) bereits an die Hebel der Regierung gebracht hat. Mit der Bewegungsunfähigkeit der EU bestätigten sich die Vorurteile und Zerrbilder, die die rechtspopulistischen Parteien ohnehin von ihr zeichnen. Wie kann darauf reagiert werden? Große Sprünge erwarten die Autoren gegenwärtig nicht. Stattdessen plädieren sie für einen politisch-kulturellen Minimalkonsens, um den Euro und damit auch die EU zu stabilisieren. Die Fiskalpolitik solle beschäftigungsorientierter werden, ein Investitionsprogramm die Nachfrage stärken, die EU solle konjunkturelle Dellen und die arbeitsmarktpolitische Instabilität in den Mitgliedstaaten ausgleichen, die soziale Dimension der EU gestärkt und die Mittelmeeranrainer bei der Aufnahme von geflüchteten Menschen unterstützt werden. Das klingt nicht nach einem radikalen Alternativprogramm, von dem der „Ausblick“ des Buches als Antwort auf den Rechtspopulismus spricht. Aber, das machen die Autoren deutlich, die Rahmenbedingungen der EU lassen einen zugleich supranationalen wie auch sozialen Spurwechsel gegenwärtig gar nicht zu. Vielmehr, so das Anliegen der Studie, müsse nach pragmatischen Wegen gesucht werden, den Abwärtstrend der EU zu stoppen und das Vertrauen in die Union zu stärken. Die Studie besticht durch ihre hohe praktische Relevanz und die prägnanten Analysen zu den EU-Mitgliedstaaten wie auch zu ihrer aktuellen Lage. Wünschenswert wäre eine Erweiterung um mittel- und osteuropäische Staaten gewesen, in denen (wie auch in Italien) Rechtspopulisten längst eine (nicht selten sogar die stärkste) Regierungspartei stellen, zugleich aber die historisch-politischen Ausgangsbedingungen anders waren als in den westlichen (und überwiegend alten) Mitgliedstaaten. Dass noch nicht alle aktuellen Daten und Entwicklungen berücksichtigt werden konnten, schmälert den Wert des Bandes nur unwesentlich. Denn die Grundthese bleibt davon unberührt: Die rechtspopulistische Wende in den Mitgliedstaaten bleibt ein Problem auch für die EU, selbst wenn, wie bei den Wahlen im Mai 2019 zum Europäischen Parlament, der Erfolg dieser Parteien auf europäischer Ebene begrenzt bleibt. ■

WILHELM KNELANGEN, KIEL



GÜNTHER SCHMID:
EUROPA IN ARBEIT
 PLÄDOYER FÜR EINE NEUE
 VOLLBESCHÄFTIGUNG DURCH
 INKLUSIVES WACHSTUM

Campus,
 Frankfurt a. M. / New York
 2018

ISBN 978-3-593-50935-8
 270 Seiten, 29,95 €

Wer gegenwärtig die EU mit einer positiven Perspektive verbindet, findet nur schwer Gehör. Denn die Antworten auf die europäischen Krisen erschöpfen sich meist zwischen den konträren Positionen eines pragmatischen und trotzigigen „Weiter so“ und eines untergangsfrohlichen Credo für die Abschaffung des Euro. Offensichtlich ist, dass die EU schon lange kein Utopia mehr ist, eher schon eine Dystopie, deren Hochkonjunktur auch am Büchertisch und in den digitalen Plattformen zu beobachten ist. Wer gegen die EU oder zumindest gegen den Euro wettet, dem wird zugehört. Wer sich hingegen um politisch realistische Reformen der EU, veränderte Grundlagen des Euro und für ein sozialeres Europa engagiert, der hat es schon entschieden schwerer.

Zur Gruppe der gegen alle Winde ankämpfenden Reformen zählt Günther Schmid, Wissenschaftler mit einer herausragenden Fähigkeit, kreative soziale Reformpolitik vorzudenken. Als ehemaliger Direktor am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) konnte er Generationen von Wissenschaftler*innen und Politiker*innen mit seinen Analysen und Ideen für innovative Wege in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik inspirieren. Günther Schmid präsentiert in seinem neuen Buch ein sozialpolitisches Reformprogramm, das die nationale mit der europäischen Ebene, den Umbau des Sozialstaates mit der Reform der EU verbindet. Sein Credo lautet: „Ohne einen europäischen Arbeitsmarkt und ohne einen europäischen Sozialstaat ist die Euro- und Finanzkrise aber nicht zu lösen. Das wiederum setzt die Weiterentwicklung der europäischen Demokratie voraus“ (S. 8). Dreh- und Angelpunkt seiner reformpolitischen Überlegungen ist der Arbeitsmarkt. Denn dort werde nicht nur die Frage entschieden, ob es gute Arbeit und Lebensqualität gebe, sondern auch, ob sich die Bürger*innen positiv mit der EU identifizieren. Insofern müsse ein Programm, das ein soziales Europa und den Wandel des nationalen Sozialstaates aufeinander beziehen will, auf einer positiven Regulierung des Arbeitsmarktes aufbauen. Die Regulierung des Arbeitsmarktes sei – so Schmid – auch einer der entscheidenden Bereiche, auf denen sich das europäische Modell von den USA und China unterscheide.

Um die EU zu einer Kraft werden zu lassen, die inklusives Wachstum fördere, bedürfe es einer Reformagenda, deren Anschlussfähigkeit an bestehende Strukturen plausibel ist. Dazu müssten nationale und europäische Wege produktiv aufeinander bezogen werden. Wenn man ein Programm für die Reform der EU vorlegen könnte, das diesen Ansprüchen genügt, wäre dies gleichsam auch ein intellektuell programmatisches Angebot, das durch die deutsche Ratspräsidentschaft 2020 forciert werden könnte. Ob die von Günther Schmid vorgelegte Arbeit dazu beitragen kann, will diese Rezension ergründen.

Warum ist eigentlich die Zeit vorbei, in der die EU eine positive Projektionsfläche war, nicht zuletzt, um die Angst vor der Globalisierung aufzufangen? Die Antwort darauf

scheint relativ banal zu sein. Denn anstatt die negativen Konsequenzen der Globalisierung abzubauen, ist die EU selbst in vielfältigster Weise als treibende Kraft für mehr wirtschaftliche Freiheiten, weniger kollektive Güter und mehr soziale Ungleichheit ausgemacht worden. Das hängt zunächst mit dem Euro selbst zusammen, dessen Voraussetzungen, insbesondere eine vergleichbare Produktivität, längst nicht in allen Ländern bestehen. Dann hängt dies aber auch mit der konkreten Politik der Kommission und ihrer Helfershelfer zusammen, die mehr auf Markt- als auf Sozialintegration setzen. Das alles ist für Schmid nicht irreversibel, womit er sich schon von den meisten anderen Studien, die sich kritisch mit der Lage in der EU befassen, abhebt. Schmid vertritt weder eine Dystopie noch eine Utopie, sondern ein politisch realistisches Reformprogramm, auf das sich Nationalstaaten, Kommission, Parlament, Arbeitgeber und Gewerkschaften einigen könnten, wenn sie die Prinzipien, Instrumente und Ressourcen eines sozialen Europas nicht als Schönwetter-Anhängsel der Marktwirtschaft sähen, sondern als dessen „entscheidende Produktivkraft“ (S. 9).

Der Ausgangspunkt für Schmid's Überlegungen ist die Euro- und Finanzkrise, die nur durch eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt überwunden werden könne: „Diese Studie begründet empirisch, sozialphilosophisch und politisch-ökonomisch die Notwendigkeit und Möglichkeit einer neuen Vollbeschäftigung im digitalen Zeitalter als übergreifendes Ziel einer genuin Sozialen Marktwirtschaft in Europa“ (S. 8). Im Gegensatz zu denen, die durch die Digitalisierung das Ende der Arbeitsgesellschaft kommen sehen, steht für ihn der Beginn einer „neuen Arbeitsgesellschaft“ (S. 27) oben auf der Agenda. Dabei geht er keineswegs davon aus, dass der wissenschaftlich-technologische Fortschritt apokalyptische Wirkungen entfalten könnte, die ein Ende der Arbeit zur Folge hätten. Stattdessen erkennt er in der friedlichen Koexistenz zwischen Mensch und Roboter das Potenzial wechselseitiger Aufwertung. Diese optimistische Perspektive verlange aber, die Institutionen der sozialen Sicherheit so zu arrangieren, dass Bildung, Weiterbildung, Arbeitszeitflexibilität, inklusive Arbeitsorganisation und digitale Infrastruktur an die veränderten Anforderungen angepasst werden. Im Zuge der Digitalisierung sind immer mehr Menschen durch die Arbeitsmärkte erfasst worden, zugleich hat aber auch die soziale Ungleichheit zugenommen, für die insbesondere „atypische Arbeitsverhältnisse verantwortlich sind“ (S. 36). Wenn es nicht gelinge umzulenken, könne die digitale Revolution tatsächlich zu mehr Arbeitslosigkeit und größerer Ungleichheit führen.

Eine zentrale gemeinsame Herausforderung für die europäischen Sozialstaaten, wie auch für die EU, besteht also in einer Zunahme an atypischen Beschäftigungsverhältnissen und Einkommensrisiken bei kritischen Übergängen in Lebensverläufen sowie neuen sozialen Risiken (vor allem für Geringqualifizierte, Menschen mit Migrationshintergrund und Alleinerziehende). Diese Gefährdung

gen sind gewissermaßen der Treibsand für die wachsende soziale Ungleichheit in den Ländern. Durch eine neue Sozialstaatspolitik, die in die strategischen Dimensionen inklusiver Wachstumspolitik eingebunden ist, sollten diese Herausforderungen angegangen werden. Zu diesem Zweck adressiert Schmid vor allem die Instrumente der Arbeitszeitpolitik, des Kurzarbeitergeldes, der Qualifizierung sowie kluge Formen der inneren Flexibilisierung, die durch nationale Reformen weiterentwickelt werden müssten. Beim empirischen Blick auf die Instrumente kommt er zu dem Ergebnis, dass in der freiwilligen Teilzeit ein für Beschäftigte und Arbeitgeber gleichermaßen produktives Instrument liege. Auf der Suche nach Elementen für eine inklusive Strategie verweist Schmid auf vier Ebenen: Erstens investive Sozialtransfers, zweitens geschützte Formen der Flexibilisierung, drittens Investitionen in Weiterbildung und viertens eine effiziente Regulierung des Arbeitsmarktes durch Tarifverträge und Mindestlöhne. Schmid ist kein Verfechter einer Super-EU, er wirbt für eine „Union der konzentrischen Kreise“ (S.128). Neben dem Vorrang für eine nationale Versicherungspolitik, die allerdings sukzessive durch einen tragfähigen europäischen Rahmen ergänzt werden sollte, geht es ihm inhaltlich um ein neues soziales Risikomanagement atypischer Arbeitsverhältnisse und zunehmender Übergangsrisiken im Laufe eines Erwerbslebens. Darin sieht er die zentrale Herausforderung sowohl für die nationalen Sozialstaaten als auch für das europäische Sozialmodell.

Im Zentrum seiner praktischen Vorschläge steht die systematische Auseinandersetzung mit dem seit einigen Jahren von verschiedenen Autoren verfochtenen Konzept einer europäischen Arbeitslosenversicherung. Anders als bei den meisten Vorschlägen, die unter diesem Label lanciert werden, will er aber nicht unbedingt eine neue Institutionalisierung vorantreiben, sondern an die gegebenen Strukturen der europäischen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik anknüpfen, die vor allem durch die europäischen Fonds verkörpert werden: „Statt einer Europäischen Arbeitslosenversicherung (...) plädiere ich für einen Europäischen Arbeits- und Sozialfonds. Dieser soll einerseits durch ein Rückversicherungselement die autonome Arbeitslosenversicherung der Mitgliedsstaaten beim Einkommenschutz vor Ort stärken, andererseits aber den transnationalen Risiken einer gemeinsamen Währung und der grenzüberschreitenden Mobilität von Kapital, Waren, Dienstleistungen und Menschen Rechnung tragen“ (S.128).

Schmid legt mit seinem neuen Buch eine bestechende Studie vor, die theoretische Versiertheit und empirisch-analytische Professionalität mit einer ambitionierten Reformperspektive vereint. Verbunden werden volkswirtschaftliche, soziologische und politikwissenschaftliche Erkenntnisse der Arbeitsmarkt- und Sozialstaatsforschung mit jenen der EU-Wissenschaften. Diese Studie bietet viel von dem, was strategische Arbeit benötigt: von pointierten Problemanalysen über spezifische Instrumente bis hin zu

den langen Linien einer engen Bezugnahme zwischen nationaler und europäischer Ebene. Das Ganze wird gerahmt von der Idee eines gemeinsamen, europäischen Projektes, das auf einem soliden sozialstaatlichen Unterbau aufsetzt, der solidarischen Schutz vor den neuen sozialen Risiken verspricht. Aber eines bietet diese Studie nicht, den Stoff für eine neue Erzählung des Untergangs. Und das ist auch gut so. Man kann einwerfen, dass doch die realen Machtverhältnisse gegen eine Umsetzung dieser Reformpolitik sprächen; dass das europäische Potenzial doch nicht so umfassend ausgestattet und die EU doch auch künftig eine treibende Kraft einer neoliberalen Globalisierung sei. Das mag im Einzelnen alles zutreffend sein. Entscheidend aber ist, dass man sich damit nicht zufrieden gibt, Reformperspektiven entwickelt und sich auf diese politisch einlassen will. Schmid's analytische Programmschrift ist jedenfalls bestens geeignet, um eine neue Initiative für ein soziales Europa zu wagen. Und welcher Zeitpunkt für einen solchen Vorschlag wäre besser geeignet als die deutsche europäische Ratspräsidentschaft 2020. Dieser Kontext ist ein günstiger Handlungsrahmen, um die Politik eines sozialen Europa voranzutreiben, ohne zu vergessen, dass der Nationalstaat die entscheidende strategische Basis im Bereich der sozialen Sicherung ist. ■

WOLFGANG SCHROEDER, KASSEL/BERLIN



ANDREAS BOES/
TOBIAS KÄMPF/
THOMAS LÜHR/
BARBARA LANGES:
„LEAN“ UND „AGIL“ IM BÜRO
NEUE ORGANISATIONSKON-
ZEPTE IN DER DIGITALEN
TRANSFORMATION
UND IHRE FOLGEN
FÜR DIE ANGESTELLTEN

transcript, Bielefeld 2018

ISBN 978-3-8376-4247-6
226 Seiten, 24,99 €

Während das Gros der Beschäftigten in Deutschland im Dienstleistungssektor tätig ist, konzentrieren sich Digitalisierungsdis-kurse – unter dem Label „Industrie 4.0“ – primär auf die (prognostizierten) Veränderungen im industriellen Sektor. Es ist daher zu begrüßen, dass die Forschungsgruppe des Instituts für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) München um Andreas Boes eine Studie vorlegt, die den Wandel der Angestelltenarbeit empirisch untersucht und theoretisch deutet. Der Band besticht durch die sorgfältige Analyse von sechs Fallstudien und ein avanciertes theoretisches Konzept.

Die Begriffsbildung kulminiert im Konzept „Informationsraum“, der laut Boes et al. nicht weniger als das „Fundament für die Arbeits- und Produktionsprozesse im 21. Jahrhundert“ darstellt und dieselbe Bedeutung wie das „Maschinensystemen im 19. und 20. Jahrhundert“ (S. 173) für die Neuordnung menschlicher Kooperation im Arbeitsprozess einnehmen wird. Die „digitale Transformation“ sei ein „grundlegende[r] Umbruch“ (S. 11), „vergleichbar mit der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert“. Solch wortgewaltige Vergleiche liefern einen anregenden Beitrag zur Debatte um die digitale Transformation der Angestelltenarbeit und fordern zur Kontroverse heraus. Denn so ansprechend die Kombination von sorgfältiger Empirie und Grand Theory auch ist, so liegt hierin auch das zentrale Problem des Beitrags: Die empirischen Erkenntnisse werden der steilen These eines „Produktivkraftsprungs“ auf Basis des Informationsraums nicht gerecht.

Im einleitenden Kapitel wird die Theorie des „Informationsraums“ vorgestellt, der eine neue Qualität arbeitsteiliger Organisation geistiger Tätigkeit ermögliche. Das Internet bzw. Cloud-Anwendungen als zentrale Medien ermöglichten den Arbeitenden universellen Zugang zum Informationsraum als Handlungs- und Interaktionsraum. Indem geistige Arbeit als „objektiver Prozess“ (S. 35) organisiert werden könne, entstehe ein „neuer Typ der Industrialisierung“ (S. 36) in den Feldern kreativer und hochqualifizierter Arbeit, der den traditionellen Expertenmodus der betreffenden Beschäftigten infrage stelle. Die Herausforderung bestehe allerdings darin, „in Abgrenzung zu tayloristischen Konzepten die Subjektpotenziale der Experten nicht ‚auszuschalten‘, sondern die Subjektleistung systematisch plan- und wiederholbar zu nutzen“ (S. 41). Mit Blick auf die empirischen Befunde konstatieren die Autor*innen, dass Lean Management und agile Methoden entscheidend dafür seien, die Expert*innen aus ihren Silos herauszulösen und in kollektive Arbeitsprozesse einzubeziehen. Regelmäßige Treffen à la *Scrum* machen die Arbeit des Einzelnen öffentlich und setzen ihn gleichzeitig einem Rechtfertigungsdruck vor den anderen Mitgliedern des Teams aus. Auf der Ebene der Prozesssteuerung werden Teams nun begrenzte Aufgaben, z. B. in der Programmierung, zugewiesen oder sie wählen dieselben aus einem *Backlog*, wobei die Teilaufgaben sich mit jenen

anderer Teams verschränken. Es entstehe „eine getaktete Wertschöpfungskette [...], in der die traditionellen individuellen „Silos“ der Angestellten von einer zunehmenden Transparenz und Prozessorientierung abgelöst werden“ (S. 37). Im Ergebnis sehen Boes und Kolleg*innen infolge dieser Neustrukturierung der Wissensarbeit zwei idealtypische Entwicklungskorridore: *Empowertes Kollektivteam* (entschleunigt, hohe Selbstorganisation, Verantwortung, Kontrolle über das Arbeitsvolumen, Kultur des Vertrauens) oder ein *verbranntes Team* (Arbeit am digitalen Fließband, Überforderung und mangelndes Sinnerleben).

Die Theorie der Informatisierung, die seit mehr als drei Jahrzehnten das Rückgrat der arbeitssoziologischen Forschung am Münchner ISF bildet, liefert eine spannende Folie dafür, in aktuellen arbeitsorganisatorischen Umbrüchen mehr als eine neue Managementmode zu erkennen. Das zentrale Problem des Bandes ist aber die Spannung zwischen der weitreichenden theoretischen Deutung und der Darstellung der empirischen Fälle. Denn aus ihnen geht kaum hervor, wieso und auf welche Weise der Informationsraum eine derart zentrale Rolle im Arbeitsprozess einnimmt, die rechtfertigen würde, ihn als „Zentrum und Motor der Entwicklung der Produktivkräfte“ (S. 32) zu interpretieren. Das liegt vor allem daran, dass die Rolle der Technik für die Konstituierung des Informationsraums uneindeutig bleibt.

So wird einerseits behauptet, dass die Entwicklung des Internets grundlegend für den Informationsraum (ebd.) und die „digitale Transformation“ ursächlich für die diagnostizierten Umbrüche sei (S. 11f.). Bei den beschriebenen Anwendungsfällen von Lean Management und dem Einsatz agiler Methoden – wobei nicht bei allen beide gleichermaßen eingesetzt werden – handelt es sich im Kern aber um analoge Methoden der Arbeitsorganisation, die nur mittelbar in Zusammenhang mit der digitalen Form des Informationsraumes stehen. Dies wird von den Autor*innen auch anerkannt: „In der Praxis werden die Informatisierung der Prozesse und Lean jedoch bislang kaum systematisch aufeinander bezogen und verknüpft“ (S. 67). Angesichts der prominenten Rolle, die der Technik argumentativ eingeräumt wird, ist dies überraschend. Die Interaktionsformen und die Medien der Zusammenarbeit im Informationsraum werden in den empirischen Kapiteln lediglich angedeutet: In Form einzelner Tools (Jira, RTC), als Basis für die Zentralisierung von Tätigkeiten (Shared Service Center), als „hoher Grad an Informatisierung“ (S. 63) oder als ein IT-System, das Prozesse zwischen Abteilungen durchgehend gestaltet (Fall B). Angesichts der dominanten Rolle, die der digitale Wandel in der theoretischen Argumentation spielt, wäre allerdings zu erwarten gewesen, insbesondere die Konstitution des Informationsraumes und die Interaktionen in ihm in den Blick zu nehmen und herauszuarbeiten, inwiefern diese mediale Transformation qualitativ neue Spielräume der Interaktion eröffnet. Da dies ausbleibt, erscheinen die Kommunikationstools in ihrer Gestalt und in ihren Effekten mehr

oder weniger austauschbar. So fehlt aber der starken These des Produktivitätskraftsprunges auf Basis des „Informationsraums“ das argumentative Futter. Aus den Fallstudien wird kaum ersichtlich, warum im Zuge der Digitalisierung eine neue Qualität der Industrialisierung geistiger Arbeit einsetzt und es sich nicht um Formveränderungen im andauernden Versuch ihrer Industrialisierung handelt, der laut den Autor*innen (S.13ff.) schon mit der bürokratischen Organisation unternommen wurde. Dieses Defizit ist eine Folge der abstrakten Darstellung des Informationsraumes: Technik und Soziales bleiben nebeneinander nahezu unverbunden, ihr Verhältnis ungeklärt.

Die Spannung zwischen theoretischer Deutung und empirischen Ergebnissen zeigt sich auch darin, dass die Rede von einem Produktivkraftsprung im Laufe der Studie durch die eigene Empirie mehr und mehr relativiert wird. Im Fall E dominieren „Unabgeschlossenheiten, Diskordanzen und Suchprozesse“ (S.149), es gibt jedoch keinen klaren Bruch. Fall A kennzeichnet eine „zunehmende Prozessorientierung“ (S.67), eine „fortschreitende Informatisierung“ und es gibt „zaghafte Versuche [...], die ‚Wissensilos‘ ihrer hochqualifizierten Beschäftigten ein Stück weit zu öffnen“ (S.179). In einigen Fällen werden auch Widerstände vonseiten der Beschäftigten beschrieben sowie unterschiedliche Stufen der Lean-Umsetzung. Im Fall D ist „die Einführung von Lean und agilen Methoden ein komplexer und umkämpfter sozialer Veränderungsprozess“ (S.123). Neben Befunden zu einer Relativierung des Expertenstatus gibt es auch einige Fälle, in denen die Experten ihren Status behaupten können (D). Selbst im Fall C, wo ein „grundlegend neues Entwicklungsmodell, welches in der Fläche über den gesamten Entwicklungsbereich ausgerollt wird“ (S.105) entdeckt wurde, sind Zweifel angebracht, denn auch hier erfolgt die „konkrete Umsetzung keineswegs einheitlich und bruchlos“ (S.106).

Boes und Kolleg*innen lösen diese Problematik in Anlehnung an das Kapitel über die „große Industrie“ in Marx' Kapital auf, das auch seinerzeit mehr Prognose denn empirische Bestandsaufnahme war. Ebenso seien die empirischen Unterschiede Anzeichen unterschiedlicher Umsetzungsgrade der neuen Organisationsformen. Damit handeln sich die Autor*innen jedoch eine Teleologie in ihrer Argumentation ein: Das Ziel scheint schon mehr oder weniger ausgemacht, widersprüchliche Tendenzen sind nur vorübergehendes Störfeuer. Die Umsetzung hänge – so die bereits erwähnte stark normativ geprägte Typologie zwischen selbstorganisiertem Kollektivteam und verbranntem Team am digitalen Fließband – lediglich vom Grad ab, in dem das Management das *Empowerment* der Kopfarbeiter*innen zulasse – wobei der Begriff „Empowerment“ unsystematisch und ohne Rückgriff auf die einschlägige Literatur gebraucht wird.

Eine genauere Differenzierung der empirischen Befunde anhand der Anwendungsfelder unterbleibt. Anstatt von einer einheitlichen Transformation der Arbeitsorganisation auszugehen, ist es naheliegend, von mehreren

kontextabhängigen Entwicklungspfaden zu sprechen. Sechs Fallstudien stellen den Kern des Buches dar, wobei bei einigen Firmen unterschiedliche Bereiche betrachtet wurden: Softwareentwicklung in IT- und Softwareunternehmen sowie der Metall- und Elektroindustrie, Forschung und Entwicklung und weitere indirekte Bereiche in Maschinenbau und Metall- und Elektroindustrie. Die Fälle legen nahe, dass es gravierende Unterschiede in der Implementierung der neuen Arbeitsmethoden vor allem zwischen einem innovativ-kreativen (wie der F&E) und dem gewährleistenden Bereich (wie der Verwaltung) gibt. Während Erstere wirklich in ein Regime der Teamarbeit auf Grundlage leaner Prozesssteuerung und agiler Arbeitsmethoden überführt werden sollen, wird in letzteren Bereichen die Arbeit zunehmend rigoros durch hochstandardisierte Softwarerezepte organisiert („digitales Fließband“). Diese Unterschiede werden von den Autor*innen zwar anerkannt, doch widersprechen sie ihrer einfachen Strukturierung des empirischen Feldes anhand der Achse „gelungene oder nicht gelungene Anwendung“. Das in diesem Sinne eingeführte Entwicklungsmodell (S.196ff.) aus „formalem lean“, „potemkinschen lean“, „verbranntem Team“ und „empowertem Kollektivteam“ lässt sich unserer Ansicht nach nicht durchhalten, denn es unterschlägt die Unterschiede in den betrachteten Anwendungsfällen.

Obwohl die großen Linien der theoretischen Deutung somit in Spannung zu den sehr gut dargestellten empirischen Ergebnissen stehen, ja die These vom „grundlegenden Umbruch für die Organisation von Kopfarbeit“ (S.173) der realen Heterogenität und Widersprüchlichkeit der Entwicklungen nicht gerecht wird, legt das ISF-Forschungsteam eine wichtige Untersuchung über die gegenwärtigen Transformationen der hochqualifizierten Wissensarbeit vor. Auch wenn bezüglich der These vom Produktivkraftsprung Zweifel angebracht sind, ist das Theorem des „Informationsraums“ eine spannende theoretische Weiterentwicklung des Informatisierungsparadigmas. Sie fordert zur Diskussion heraus und liefert spannende Anregungen. Und eben dies sollte arbeitssoziologische Theoriebildung leisten. ■

FLORIAN BUTOLLO, PATRICIA DE PAIVA LAREIRO,
ROBERT KOEPP, JOHANNES SONNENHOLZNER, BERLIN